

Niederschrift

**über die 6. Sitzung des Bildungs-, Generationen- und Sozialausschusses
am Dienstag, 01.09.2015, 18:00 Uhr
Begegnungsstätte im Rathaus
Hauptstraße 24, 48346 Ostbevern**

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Behnen, Andreas
Beiers, Anja
D'Alò, Michele
Dilling, Karin
Everwin, Bernhard
Füssel, Viktoria
Gabriel, Sigrid
Hermanns, Hubertus
Krieger, Claudia
Läkamp, Karin
Lamour, Martina
Legel, Chantal
Löckener, August
Ludwig, Willy
Mombauer, Michael
Niedermeier, Claudia
Rottmann, Hermann
Schepers, Andreas
Spiekermann-Coppenrath, Heinz
Steinkat, Susanne
Stumps, Linus
Zumhasch, Heinz-Josef

Vertretung für Frau Anne Korthorst

von der Verwaltung
Annen, Wolfgang Pries, Maria Roggenland, Barbara Stegemann, Hubertus

Gäste
Brigitte Klausmeier, Jobcenter des Kreises Warendorf Martin Hanewinkel, Jobcenter des Kreises Warendorf Herr Rütting, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf Hendrik Stratmann, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf

Es fehlt entschuldigt:

Ausschussmitglied
Korthorst, Anne

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Herr Schepers eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einvernehmlich wird die Sitzung um den neuen Tagesordnungspunkt 3 „Verpflichtung von Ausschussmitgliedern“ erweitert.

2. Bestimmung des Schriftführers

Frau Pries wird zur Schriftführerin dieser Sitzung bestimmt.

3. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern

Herr Schepers verpflichtet Frau Legel und Herrn Stumps (Schülervertreter der Josef-Annegarn-Schule) zur gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Über diese Verpflichtungen werden Niederschriften gefertigt.

4. Feststellung der Befangenheit

Befangenheit wird nicht festgestellt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

6. Bericht des Bürgermeisters

1. Besetzung von Schulleiterstellen

Der Landtag des Landes NRW hat Ende Juni 2015 das 12. Schulrechtsänderungsgesetz beschlossen. Aus kommunaler Sicht ist insbesondere die Änderung des § 61 zur Bestellung der Schulleiterin oder des Schulleiters von Bedeutung. Das Gremium der sog. erweiterten Schulkonferenz wird es nicht mehr geben. Sowohl die Schulkonferenz als auch der Schulträger können die Bewerberinnen und Bewerber, die das Anforderungsprofil der Stelle erfüllen, zu Vorstellungsgesprächen einladen.

Die bisherige Konstruktion im Schulgesetz NRW erweckte den Eindruck einer einerseits relevanten Kandidatenauswahl bei der Vorstellung in der erweiterten Schulkonferenz und andererseits auch einer wesentlichen Einbeziehung der Entscheidung der Schulkonferenz im Auswahlverfahren. Die eindeutige beamtenrechtliche Situation stand allerdings dazu im Widerspruch. Auch war die Auswahl der Schulkonferenz regelmäßig dadurch eingeschränkt, dass lediglich eine Person zur Wahl stand. Mit der Gesetzesänderung bewegt sich das Schulrecht wieder im Einklang mit dem Beamtenrecht und die Beteiligung des Schulträgers und der Schulkonferenz wird dadurch gewährleistet, dass eine qualifizierte Stellungnahme auch zu mehreren Bewerberinnen und Bewerbern möglich wird.

2. Forum der Ambrosius Grundschule

Mit dem Umbau des Forums in der Ambrosius-Grundschule wurde zu Beginn der Sommerferien planmäßig begonnen. Im Laufe der Ferien sind die Umbauarbeiten soweit ausgeführt worden, dass der Schulbeginn am 12.08.2015 problemlos erfolgen konnte. Mittlerweile sind alle Umbauarbeiten weitestgehend abgeschlossen. Für die Rauch-Wärme-Abzugs-Anlage sind noch Restarbeiten auszuführen. Darüber hinaus ist die Sicherheitsbeleuchtung im Forum noch zu montieren. Die endgültige Abnahme der Baumaßnahme und damit die Erlaubnis zur uneingeschränkten Nutzung des Forums hat noch zu erfolgen.

3. Bauaufsicht-Gefährdung durch unsachgemäße Befestigung von Unterdecken in Turnhallen

In der Vergangenheit häufen sich Presseberichte zu eingestürzten Flachdächern und zu abgestürzten Deckenverkleidungen insbesondere bei größeren Spannweiten (z. B. bei Sporthallen). Die Dächer der gemeindlichen Gebäude, die grundsätzlich einem solchen Risiko ausgesetzt sind (Josef-Annegarn-Schule und drei gemeindliche Sporthallen), werden regelmäßig von einem unabhängigen Institut geprüft. Mängel sind dabei nicht aufgetreten. Zusätzlich kontrollieren Mitarbeiter der Gemeinde die Flachdächer auf geordneten Oberflächenwasserabfluss.

4. Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion

Knapp über 50 Städte und Gemeinden aus NRW haben beim Verfassungsgerichtshof NRW Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erhoben. Hintergrund sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Landesregierung und dem Städte- und Gemeindebund NRW hinsichtlich der Finanzierung der Kosten der schulischen Inklusion. Im Juli 2014 ist das Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion in Kraft getreten. Ostbevern erhält im Jahr 2015 einen Pauschalbetrag in Höhe von rd. 18 T€. Zwischen dem Land NRW und den kommunalen Spitzenverbänden wurde vereinbart, dass die Aufwendungen für die schulische Inklusion jährlich evaluiert werden sollen. Die beauftragten Gutachter haben festgestellt, dass im Untersuchungszeitraum anererkennungsfähige Aufwendungen von rd. 8,6 Mio. € entstanden sind. Dies sind 16,4 Mio. € weniger als die Höhe der vom Land gewährten Pauschale. Gleichwohl ist der Städte- und Gemeindebund der Auffassung, dass nicht alle bei den Städten und Ge-

meinden entstandenen Aufwendungen (z. B. Personalaufwendungen) in die Berechnung eingeflossen sind.

Die Verwaltung hat entschieden, sich nicht an der Verfassungsbeschwerde zu beteiligen.

5. Notunterkunft für Asylbegehrende

Die Gemeinde bereitet sich derzeit für den eventuellen Fall zur Einrichtung einer Notunterkunft für 105 bis 150 Menschen vor. Durch den starken nicht abreißen Strom an Flüchtlingen ist nicht mehr auszuschließen, dass Ostbevern irgendwann in den nächsten Wochen eine Notunterkunft schaffen muss. Die Verwaltung hat sich aus verschiedenen Gründen gegen Zeltunterkünfte ausgesprochen. Die Flüchtlinge sollen menschengerecht in einer festen Unterkunft untergebracht werden. Hierzu sind bereits Gespräche mit Schulleitungen, Sportvereinen und anderen Gruppierungen aufgenommen worden. Sollte es zur notwendigen Einrichtung einer Notunterkunft kommen, wird die Gemeinde die Sporthalle der Josef-Annegarn-Schule entsprechend herrichten. Die Verwaltung hat mit einem Krisenstab die Vorbereitungen begonnen, so dass im Notfall sofort alles umgesetzt werden kann. Die Verwaltung hat die Container, die zum Umbau der Feuerwache benötigt werden, nun auch weiterhin angemietet, um eine Infrastruktur für eine Notunterkunft möglich zu machen. Weiterhin sind Gespräche mit dem DRK Warendorf geführt worden, das als Betreiber der Notunterkunft agieren könnte.

Am Ende dieser Woche wird die Gemeinde 21 Wohnungen angemietet haben und zusätzlich die Unterkunft in der Wischhausstraße betreiben. 107 Flüchtlinge sind derzeit in der Betreuung der Gemeinde. Weitere Zuweisungen pro Woche von ca. 5 bis 10 Personen sind zu erwarten. Eine Notunterkunft würde nur dann eingerichtet, wenn die Gemeinde zwangsverpflichtet wird und eine unmittelbare Zuweisung von über 100 Personen erhält.

Die Verwaltung und die Gemeinde sind auf die möglichen Zuströme von Flüchtlingen vorbereitet. Der Bürgermeister dankt allen ehrenamtlichen Helfern, der Caritas, der Katholischen Kirche St. Ambrosius und den Mitarbeitern der Verwaltung, die in diesen Tagen Außerordentliches leisten und dazu beitragen, dass Ostbevern eine besondere Willkommenskultur für die Flüchtlinge geschaffen hat.

7. Berichte aus den Gremien

Es werden keine Berichte gegeben.

8. Bericht der Schulleitungen

Vorlage: 2015/114

Die Schulleitungen *Herr Rottmann*, *Frau Lamour* und *Herr Behnen* stellen die derzeitigen Schüler-/Lehrerzahlen an den beiden Grundschulen und der Josef-Annegarn-Schule (Anlage 1) vor und geben Erläuterungen zur Unterrichtserteilung.

Nach Erörterung und Beantwortung von Einzelfragen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

9. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Ostbevern für die Jahre 2015 - 2020

- Erörterung des Entwurfs

Vorlage: 2015/085

Nach Erörterung und Beantwortung von Einzelfragen wird beschlossen:

Die Inhalte des Entwurfes der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Ostbevern für die Jahre 2015 bis 2020, insbesondere die Änderung der Verbundschule in eine Sekundarschule zum Schuljahr 2016/2017, werden grundsätzlich begrüßt.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Schulleitung der Josef-Annegarn-Schule Gespräche mit Schulen der Sekundarstufe II bzw. mit deren Schulträgern hinsichtlich des Abschlusses von Kooperationsvereinbarungen zu führen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**10. Bericht des Jobcenters Kreis Warendorf
- Sachstandsbericht zu den Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II in Ostbevern
Vorlage: 2015/108**

Frau Klausmeier und *Herr Hanewinkel* stellen den Bericht des Jobcenters des Kreises Warendorf zu den Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II in Ostbevern vor (Anlage 2).

Nach Erörterung und Beantwortung von Einzelfragen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

**11. Bericht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf
- Vorstellung des Jahresberichtes 2014
Vorlage: 2015/109**

Herr Rütting stellt wesentliche Inhalte des Berichtes des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf vor (Anlage 3).

Nach Erörterung und Beantwortung von Einzelfragen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

**12. Projekt "Besser gut vernetzt als der Letzte am Seil"
- Sachstandsbericht
Vorlage: 2015/110**

Herr Stratmann gibt einen Sachstandsbericht zu dem Projekt „Besser gut vernetzt als der Letzte am Seil“ (Anlage 4).

Nach Erörterung und Beantwortung von Einzelfragen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

**13. Beratung der Situation der Asylbegehrenden in Ostbevern
- Antrag der SPD-Fraktion vom 09.06.2015
Vorlage: 2015/112**

Nach Erörterung und Beantwortung von Einzelfragen wird der Sachstandsbericht zur Kenntnis genommen.

14. Bericht über die Tätigkeit der Sozialarbeiterin Brigitte Herich
Vorlage: 2015/111

Der Tätigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.

15. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung

Es werden keine Anfragen gestellt.

Andreas Schepers
Ausschussvorsitzender

Maria Pries
Schriftführerin

gesehen:

Wolfgang Annen
Bürgermeister

Anlagen

- 1 Schüler- und Lehrerzahlen 2015/2016
- 2 Bericht des Jobcenters des Kreises Warendorf
- 3 Bericht des Amtes für Kinder-, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf
- 4 Sachstandsbericht zum Projekt „Besser gut vernetzt als der Letzte am Seil“